

Fortsetzung der Sitzung vom 28. ds.

Anwesend: alle Mitglieder.

Regierungsvertreter: Reg. Chef Frick.

Beginn der Sitzung: 0900 h.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und möchte als ersten Punkt die Taggelder-Angelegenheit erledigen.

Wir müssen uns schlüssig sein, ob dieses Landtagstaggeld auch für diese Landtagsperiode zur Anwendung kommt oder nicht.

Der Präsident liest Ar. 61 der Verfügung vor und ist der Ansicht, dass diese Frage nach diesem Artikel geregelt wird.

Abg. H. Brunhart: für das Jahr 1945 stelle ich den Antrag, dass es bleibt wie es beschlossen wurde, was man auf 46 festsetzt, ist mir gleich.

Abg. Dr. Ritter erwähnt, dass, wenn man schon vom sparen redet, man auch im Landtag anfangen sollte zu sparen und die Landtagsgelder niedriger ansetzen.

Präsident: Ich möchte die Anregung von Herrn Dr. Ritter zur Sprache bringen, mit Rücksicht auf die erhöhten Ausgaben, ob es wohl zweckmässig ist, dass der Landtag bei sich selber abbauen will, das wäre für das Jahr 1946.

Abg. Dr. Ritter: Ich für meinen Teil würde auf das Taggeld verzichten, aber das ist natürlich jedem freigestellt. Ich frage mich aber, ob man in der Höhe von Fr. 25.-- bleiben soll, oder ob man auf den früheren Tarif zurückkehren soll.

Präsident: Die Sache verhält sich so: Die, die in Vaduz wohnhaft sind, würde es weniger treffen, aber die, die von auswärts kommen, hätten mit Fr. 16.-- nicht mehr viel.

Abg. Schädler: Wenn man schon vom Sparen sagt, wenn man vielleicht auf Fr. 20.-- gehen würde, auf Fr. 16.-- hinunter finde ich doch zuviel. Das

Kilometergeld geht ohnehin auf.

Abg. Sele: ich muss bestätigen, entweder macht man die Sache ehrenamtlich, oder sonst sollte man doch nicht weniger bekommen als ein Handwerker.

Abg. Marxer: Bei uns reichen 10 h nicht. Es wird immer 8 h bis 19 h abends bis wir nach Hause kommen.

Präsident: Rein objektiv gesprochen, hat Arbeiterpräsident Sele nicht unrecht, man sollte schliesslich und endlich doch nicht auf den Lohn eines Hilfsarbeiters zurückgehen.

Abg. Dr. Ritter: Ich dachte mir, dieser Betrag wäre gerade eine bessere Reiseentschädigung.

Reg. Chef: ich glaube, dass man es getrost bei Fr. 25.--^{bleiben} lassen kann.

Abg. Hoop: Man hat die Erhöhung der Tagesgelder mit dem begründet, dass oft auch Sitzungen stattfinden, bei denen man nichts hat.

Abg. Sele: Die meisten Abgeordneten werden auch sonst oft Besuch bekommen, der eine kommt mit dem Anliegen, der andere mit einem andern und man wird an der Arbeit verhindert.

Abg. Marxer: Wer fällt unter diese Taxe von Fr. 25.-- ?

Präsident: jede vom Landtag festgesetzte Kommission, wie die Finanzkommission, die Geschäftsprüfungskommission, die Regierungsräte, die Landessteuerkommission etc.

Abg. Schädler: Man sollte sich im klaren sein über die ganzen und über die halben Tage. Wenn z.B. ein Ruggeller aufs 1200 h Auto geht, so wird es Nachmittag bis er zu Hause ist. Es gibt auch Tage, wo man um 2 h kommt und bis abends macht. Da sollte man sich klar sein, ob dies als ganzer oder halber Tag berechnet wird.

Abg. H. Brunhart: Der Tag ist ja meistens überhaupt erledigt. Früher wurden die $\frac{1}{2}$ Tage als ganze Tage berechnet.

Abg. Schädler: Das ist bei den Landtagssitzungen richtig, aber bei den Kommissionssitzungen ist es ein anderer Fall.

Abg. Kindle: Es ist notwendig, dass man die Sache einmal abklärt.

Die Verfassung hatte früher eine andere Voraussetzung als sie heute hat.

Abg. Hasler: Ich glabe, dass im Protokoll dieser Punkt umschrieben sein soll.

Abg. Kindle: Im Protokoll ist überhaupt nichts.

Abg. Dr. Ritter: Ich möchte beantragen, dass die Regierung im Laufe der nächsten Zeit eine Vorlage über die Entschädigungen der Abgeordneten vorlegt. Die Entschädigungen werden immer grösser und man sollte einmal wissen, wo die Grenze zu ziehen ist. Ich möchte nur Wert darauf legen, dass die Sache einmal gänzlich festgelegt wird.

Abg. Elkuch: Ich bin anderer Ansicht. Die Sätze sind immer mehr oder weniger dem Index angeglichen, ich weiss nicht, ob sich das gesetzlich regeln lässt, man müsste dann ja alle 2 Jahre das Gesetz ändern.

Reg. Chef: die einfachste Möglichkeit wäre, wenn man es im Finanzgesetz machen würde.

Abg. H. Brunhart: Es ist für die Abgeordneten nicht gut, wenn sie über diesen Punkt diskutieren müssen.

Abg. Dr. Ritter beantragt zur Tagesordnung überzugehen und diesen Punkt zur Abstimmung zu bringen.

Präsident: Ich möchte den Antrag von Dr. Ritter zur Abstimmung bringen.

Der Antrag wird mit 1 Stimmenenthaltung (Abg. Hoop) angenommen und die Fr. 10'000.-- als Budget ausgewiesen.

Die Regierung wird gleichzeitig beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten in welcher die Bezüge der Landtagsabgeordneten und der vom Landtag eingesetzten verschiedenen Kommissionen festgelegt werden.

Punkt 2)

Abg. H. Brunhart: stellt die Frage, wieso sich die Pensionen erhöht haben.

Reg.Chef: Diese Erhöhung wurde durch die Teuerungszulage bedingt.

Punkt 3) Sicherheitswesen:

Abg.H.Brunhart: könnte nicht bei den Polizisten eingespart werden ?

Ist es notwendig, dass noch mehr Polizisten eingestellt werden ?

Reg.Chef: Man wird nicht gut darüber hinwegkommen.

Abg.H.Brunhart: Lebensmittelinspektor Beck sollte die Lebensmittelkontrollen machen und macht in dieser Sache nichts. Bis heute war noch keine Milchkontrolle in Balzers.

Reg.Chef: Wir haben Herrn Beck bereits schriftlich beauftragt, die Kontrolle durchzuführen.

Abg.Schädler: Muss man für die Hilfspolizei Fr.10'000.-- einsetzen ?

Reg.Chef: Das ist eine Frage, wie lange die Russen noch hier bleiben.

Wir dürfen in dieser Frage nicht zu optimistisch sein, es sieht nicht so aus, als ob wir bis im Frühjahr diese Frage gelöst hätten.

Abg.Sele: bei der Hilfspolizei würde mich die Entlohnung interessieren.

Reg.Chef: Sie haben pro Tag Fr.16.-- und eine Zulage von Fr.100.-- Wartegeld pro Jahr. Ferner beziehen die, die nicht in Vaduz wohnhaft sind, eine Weggeldentschädigung. Die Fr.10'000.-- sind das Minimum was wir rechnen müssen.

Präsident: Ich würde, nachdem diese Russenangelegenheit noch nicht entschieden ist, nicht daran denken, diesen Betrag zu reduzieren.

Abg.Sele: da schon etwas gefallen ist wegen der Gesundheitskommission, möchte ich erwähnen, dass es vielleicht auch nicht der gegebenste Mann war.

Abg.Schädler: Milchkontrollen sind in Nendeln wenigstens durchgeführt worden.

Präsident: Herr Regierungschef hat bereits erwähnt, dass Beck schriftlichen Auftrag erhalten hat, die Kontrollen vorschriftsmässig durchzuführen.

Abg.Negele: In Triesen hat man Unregelmässigkeiten wahrgenommen und nach einem telephonischen Bericht ist Beck sofort gekommen.

Abg. Kindle: das stimmt, aber es sollten Stichproben gemacht werden, ohne dass man ihn auffordert.

Abg. Sele: Fällt die Kontrolle der Gesundheitskommission auch in sein Ressort ?

Reg. Chef: ja er ist auch dabei.

Abg. Sele: Ich muss sagen, ich hörte schon Kritiken, dass es seine einzige Arbeit sei und sie nicht durchgeführt werde.

Reg. Chef: Nein das stimmt nicht, er ist auch auf dem Kriegswirtschaftsante tätig.

Abg. Hoop: Das muss ich auch zugeben. Dieses Jahr wurden Eier schwarz verkauft und er hat tagelang mit Schweizern die Sache untersucht.

Punkt 4) Allgemeine Ausgaben:

9) Abg. Kindle: Ich finde Fr. 10'000.-- für Veranstaltungen viel.

Reg. Chef: Im Jahre 1945 wurden Fr. 49'000.-- gebraucht.

II.) Schule (Landesschule)

Ang. H. Brunhart: Warum ist die Heizung jetzt billiger als letztes Jahr ?

Abg. Kindle: Das erklärt sich vielleicht dadurch, dass Dr. Nipp jetzt nicht mehr darin wohnt.

Reg. Chef: Wir müssen auch hier auf Fr. 4500.-- hinauf.

4) Allgemeine Ausgaben der Schulabteilung:

Abg. Hoop: Der Gehalt für den Schulkommissär fehlt noch-

Reg. Chef: Im Hinblick auf die allgemeine Teuerung müssen wir hier Fr. 1500.-- einsetzen.

III. Bauwesen:

Abg. H. Brunhart: Sind bei 3. Brückenreparaturen die Rheinbrückenreparaturunkosten inbegriffen. Der Landtag beschloss, 85% der Kosten beizusteuern.

Reg. Chef: nein sie sind nicht darin.

Abg. H. Brunhart: dann muss ein Betrag eingesetzt werden. Es muss ein Posten für Rheinbrückenreparaturen eingesetzt werden.

Ferner wurde auch gesetzlich eine Kanalreinigung vorgesehen.

In Balzers sind jedoch keine Kanäle gereinigt worden.

Abg. Sele: Was mir besonders auffällt, ist, dass man soviel für Rheinschutzbauten einsetzt.

Reg. Chef: Der Vorschlag vom Bauamt war Fr. 110'000.--. Er wurde dann reduziert.

Abg. H. Brunhart: Wann werden die Rheinwahrbegehungen gemacht?

Reg. Chef: Das Bauamt fand, dass es jetzt noch nicht notwendig sei, aber wir sagten, dass es doch durchgeführt werden muss.

Abg. H. Brunhart: Dies sollte so schnell als möglich gemacht werden, denn wenn etwas passiert, kann der Vorwurf gemacht werden, dass man nicht zum Rechten schaute.

Präsident: Die Interessen der Gemeinden werden auch eher gewahrt, wenn eine Begehung stattfindet.

Abg. Kindle:

Punkt 11) Landesvermessungen: Hier sind Fr. 5000.-- eingesetzt; das scheint mir sehr wenig.

Reg. Chef: Ich bin mir über diesen Punkt auch noch nicht im klaren, ich werde noch mit Präs. Frommelt sprechen.

Punkt 2) Material und Transporte:

Abg. Marzer: hier sind Fr. 25'000.-- eingesetzt. Sind hier auch die Steinfuhrwerke dabei?

Reg. Chef: dieser Posten betrifft das Kiesrichten.

Abg. H. Brunhart: zu Punkt 11) Landesvermessung möchte ich sagen,

dass wir vielleicht bis nachmittags Bescheid haben sollten, wie der Stand ist und was es ungefähr das kommende Jahr braucht.

Abg. Hoop: Wie ist es bei der Landesvermessung, hat man nicht einen Beschluss gefasst, jährlich Fr. 20'000.-- hineinzustekken?

Abg. H. Brunhart: Man hat das eingesetzt, wie man es jeweils brauchte.

Abg. Kindle: Wie ich mich noch erinnern kann, sagte man, solange die K-

Karten in Vorbereitung wären, sollten ~~man~~ mindestens Fr. 20'000.--
hineingesetzt werden. Nachher sollte man festsetzen was notwendig
ist.

14. Subvention der Notstandsarbeiten:

Abg. Dr. Ritter: Es ist vielleicht das Problem nicht in dem Masse akut,
dass man einen so grossen Posten einsetzen müsste.

Abg. Sele: Ich bin auch dieser Ansicht. Es sieht momentan nicht so
schlimm aus mit der Arbeitslosigkeit. Es gibt sich die Frage, wo
fangen die Notstandsarbeiten an.

Abg. Hoop: Ich stelle mir doch vor, dass wenn eine Gemeinde z.B. einen
Graben anfangt, werden ziemlich viel Arbeiter eingestellt, wenn solche
Sachen jedoch nicht gemacht werden, wird die Arbeitslosigkeit ~~am~~
schon stärker auftreten.

Abg. Schädler: Ich habe auch Bedenken, dass dieser Betrag sehr gross
ist. Ich habe schon die Auffassung, dass es anno 46 keine Arbeits-
losigkeit gibt. Ich glaube, dass Fr. 100'000.-- nicht gebraucht werden.

Präsident: Also machen wir einen entsprechenden Abstrich. Bei diesen
Notstandsarbeiten müssen wir aber unbedingt Rücksicht darauf nehmen,
dass wir viel Bauarbeiter im Lande haben. Wenn nun mit der Zement-
beschaffung die Schwierigkeiten durch den nächsten Sommer hindurch
aufrecht erhalten bleiben, muss man damit rechnen, dass ziemlich viel
aufgeht.

Abg. Dr. Ritter: Wenn man schon eine Arbeitslosigkeit fürchtet, wie würde
man sich dann zur Frage stellen, wenn man die Arbeitsdienstpflicht auf-
heben würde?

Abg. H. Brunhart: Die Arbeitsdienstpflicht kann man meiner Auffassung
nach nicht aufheben, wenn die Anbaupflicht weiter besteht.

Reg. Chef: letztthin wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht auch für Mäd-
chen ein Landjahr eingeführt werden soll. Wir sind dafür, dass im
Jahre 1946 noch an dem Landjahr der Knaben festgehalten wird.

Abg. Dr. Ritter: aber in der Schweiz wurden Lockerungen gemacht, warum

sollen wir strenger sein ?

Präsident: ich wäre auch dafür, dass man in diesem Sinne über Lockerungen reden kann.

Reg. Chef: Wenn eine Lockerung eintritt, will natürlich keiner mehr gehen.

Abg. Dr. Ritter: ich mache den Vorschlag, bei Punkt 11) den Betrag von Fr. 100'000.-- auf Fr. 50'000.-- herabzusetzen.

Abg. Dr. Schädler: ich glaube, wir können den Vorschlag von Dr. Ritter akzeptieren.

Abg. Sele: Wird das auch als Notstandsarbeit betrachtet, wenn ein Bauer, der im Sommer voll beschäftigt ist, aber im Winter nicht, auf Taglohn ausgeht ?

Abg. H. Brunhart: Hier bin ich schon der Auffassung, dass der Bauer, der im Winter einige Tagelöhne verdienen will, hierzu auch das Recht haben soll.

Präsident: Hinsichtlich Notstandsarbeiten möchte ich "Notstand" nicht zu sehr betonen, man könnte diesen Punkt auch Arbeitsbeschaffung nennen. Ich schlage somit Fr. 50'000.-- vor.

Abg. H. Brunhart: Ich bin mit diesem Vorschlag einverstanden, unter der Bedingung, dass, wenn ausserordentliche Arbeiten kommen, der Landtag einen Kredit für ausserordentliche Arbeiten bewilligt.

IV. Land- und Forstwirtschaft

Punkt 4) Abg. Negele:

Wurde nicht vor Jahren ein Beschluss gefasst, dass die Subventio für Zuchtstiere um 50% erhöht wird ?

Den anwesenden Herren ist in dieser Sache nichts bekannt.

Abg. H. Brunhart: Die Regierung sollte den Fall Knechteprämien untersuchen.

13) Landwirtschaftsexperten:

z.Ztö ist kein Landwirtschaftsexperte hier, es wird jedoch vorge-
schlagen, diesen Posten im Budget zu lassen, da dieser Posten

doch früher oder später wieder besetzt werden wird.

19) Saatgutbeschaffung:

Dieser Betrag ist so niedrig gehalten, da keine ausländische Ware hereinkommt. Er wird jedoch für nächstes Jahr bedeutend erhöht werden müssen. Jetzt müssen wir uns folgendes überlegen: Wollen wir die Subventionssätze reduzieren oder wollen wir sie gleich lassen, dann aber müssten wir ganz andere Zahlen einsetzen.

7) Alpbegehungen, Verbesserungen:

Abg. Kindle: Die Verbesserungen müssten unter einem anderen Titel untergebracht werden.

Schluss der Sitzung um 1200 h.

Fortsetzung der Sitzung um 2 h nachmittags

IX. Soziale Fürsorge:

6. Alter:

Abg. Sele: Ich habe bei diesem Punkt vorgesehen Einwand zu erheben. Letztes Jahr hat man beim Budget gesagt, dass für diesen Posten der gleichhohe Betrag ausgesetzt werden soll wie für die Pensionskasse, das aber, was nicht gebraucht würde, soll dem Altersversicherungsfonds zugeteilt werden.

Abg. Kindle: letztes Jahr hat Abg. Sele die Sache vorgebracht und es wurde vom Landtag akzeptiert. Ich bin auch dafür, dass wir für die Altersversicherung soviel übrig haben. Ich möchte hierin Sele unterstützen.

Abg. Hoop: Es müsste etwas gemacht werden, dass das Gewisse bleiben muss, sonst ist der Regierung nur ein Ventil für die laufende Unterstützung gegeben.

Abg. Sele: bemerkt, dass letztes Jahr aus dem Altersversicherungsfonds Geld genommen wurde, das nicht genommen werden sollte.

Reg. Chef: dieses Geld wurde aber wieder zurückgegeben. Es ist Ansicht vom Landtag, dass der Alters- und Invalidenfonds nicht angegriffen wird.

Abg. Kindle: Man hat letztes Jahr den Posten für das Alter erhöht in dem Sinne, dass für den Fonds etwas übrig bleibt. Umso mehr wäre es berechtigt, dass der Fonds mindestens nicht angegriffen wird.

Präsident: ich glaube, man könnte mehr dienen, wenn man einen Extraposten aussetzen würde.

Abg. H. Brunhart: Ich möchte zu diesem Thema den Antrag stellen und zwar, dass der Fonds fürderhin nicht mehr angegriffen, das Ganze umgebucht wird und dass man den Altersfonds mit Fr. 4000.-- einsetzt.

Abg. Sele: Damit wäre die ganze erste Frage noch nicht beantwortet.

Abg. Kindle: Es handelt sich in diesem Falle um Fr. 8000.-- mehr, die eingesetzt werden müssten. Wenn schon von der Regierung die Absicht bestanden hat, dass man den Erlös der Alkoholsteuer in diesen Fonds tut, ist es bestimmt nicht überfordert, wenn man sagt, dass man die Differenz von Fr. 12'000.-- in den Fonds tun würde.

Abg. Hoop: Ich möchte auch noch beifügen, dass man auch die Steuern von den Einkäufen, die getätigt werden, dem Fonds zukommen lassen könnte.

Reg. Chef: Über diesen Posten hat man im Budget bereits verfügt.

Abg. Kindle: Wenn die Aussicht bestünde, dass man irgendeine grosse Summe bekäme, könnte ich mich damit zufrieden geben, dass man hier nichts macht, wenn die Aussicht besteht, dass es gemacht wird.

Abg. Sele: wie bereits von Herrn Reg. Chef betont worden ist, haben Sie die Gelder bereits auf dem Platz, aber der Herr Regierungschef hat einmal gesagt, man könnte etwas vom Schuldentilgungsfonds wegnehmen.

Präsident: Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass man diesen Fonds möglichst speisen soll. Ich schlage vor, dass man die Altersfürsorge auf Fr. 20'000.-- festsetzt.

Abg. Sele: Ich möchte nur erwähnen, es gibt viele Leute, die das Budget anschauen, jetzt werden sie schon sagen, da sahen sie 7% in die Pensionskasse und hier sinken sie wieder zurück auf Fr. 16'000.--

Abg. Schädler: Wenn man schon glaubt, es falle von der Tabaksteuer etwas ab, wie wärs, wenn man das Budget auf Fr. 20'000.-- erhöhen würde und wenn die Sache kommt noch zusätzlich das andere für das Alter?

Der Präsident stellt den Antrag, dass man den Betrag für das Alter aussetzt, was die Beamtenversicherung ausmacht d.h. Fr. 20'000.--. Sollte diese Summe für die laufende Unterstützung nicht voll aufgebraucht werden, so soll der Differenzbetrag dem Altersfürsorgefonds zugewiesen werden.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen

9) Geburtstaxen:

Abg. Sele: Ich habe schon verschiedentlich vernommen, dass die Hebammen die Leute aufgefordert haben, die Geburtstaxe einzusehen und zwar solche Leute, die es gar nicht nötig hatten. Man sollte in dieser Richtung einmal Schritte unternehmen.

Abg. Kindle: Man hat einmal den Antrag gemacht, dass die Regierung zurückhaltender sein soll und den Betrag nur bedürftigen Leuten ausbezahlen.

12. Kriegswirtschaftsamt:

Reg. Chef bemerkt, dass die Rechnungen der Tierärzte im letzten Jahre sehr hoch waren. Dieser Sache muss einmal nachgegangen werden.

13. Kinderzulagen:

Abg. Sele: Diese Sache wurde im Ausschuss besprochen. Es wurden in allen Jahren rd. Fr. 22'000.-- weniger ausbezahlt als bewilligt wurden. Deshalb fragt der Verband, ob man diesen Betrag nicht nachträglich noch dem Alters- und Invalidenfürsorgefonds zuweisen könnte.

Abg. H. Brunhart: Wie mir bekannt ist, hat der Landtag seinerzeit der Regierung Auftrag gegeben, dass sie mit dem Rest die Härtefälle berücksichtige.

Abg. Schädler: Sele hat in dieser Angelegenheit schon einmal gesprochen.

Reg. Chef: Ich möchte zu diesem Antrag folgendes sagen: für das Jahr 1945 kann man das machen, hingegen sind die alten Rechnungen abgeschlossen und über den Vortrag ist bereits verfügt worden.

Abg. Sele: für das Jahr 1946 müsste man zuerst schauen wegen den Härtefällen.

Präsident: hinsichtlich Kinderzulagen möchte ich sagen, dass ich die Beobachtung gemacht habe, dass man wirklich schwer von Härtefällen reden kann, ich habe mich im Gegenteil gewundert, aus welchen Kreisen diese Gesuche vielfach eingegangen sind. Im grossen und ganzen sind die Gesuchsteller nicht sehr zurückhaltend.

Abg. H. Brunhart: aber es ist mir bekannt, dass es Härtefälle gibt, ich weiss in Balzers z.B. 2.

E i n n a h m e n

Die Radiokonzession, die vorgesehen war, wird gestrichen, da dies ein zu unsicherer Posten ist.

V. Abgaben

I. Vermögens- und Erwerbsteuer:

Abg. Schädler: Auf wieviel stellt sich der Posten, wenn gegen Art. 4 Initiative ergriffen wird?

Reg. Chef: dann müsste man sehen, wie man sonst den Finanzbedarf decken kann.

Abg. Schädler: ich habe schon erwähnt, dass 100% Steuererhöhung und zudem wenn die Sache als dringlich erklärt wird, vom Volke nicht ohne weiteres angenommen wird.

Reg. Chef: Man kann gleichzeitig darauf aufmerksam machen, dass es gewisse Erleichterungen gibt. Man kann dies ja auch veröffentlichen. Es ist nicht leicht, dies über den Haufen zu werfen, denn bei einem eventl. Referendum müsste ein anderer Deckungsvorschlag gemacht werden.

Präsident: ich hätte bei einer Abstimmung keine grossen Bedenken.

Abg. Brunhart: ist diese Steuererhöhung unbedingt notwendig?

Reg. Chef: das wird sich noch zeigen.

Präsident: man kann keine Unterbilanz von einigen Tausend Franken machen, denn dann kann man niemals an diese sozialen Erleichterungen denken.

Abg. Sele: ich bin der Ansicht, dass die soziale Sache unbedingt bleiben soll, aber es ist fraglich, ob es dazu gerade eine 100%ige Erhöhung braucht.

Abg. Kindle: -Es wird ja nicht solange gehen, bis die Ueberschläge von den Gemeinden hier sind, dann steht dem richtigen Ueber-

blick nichts mehr im Wege. Es wird auch bestimmt bekannt werden, dass das Land in Vorbereitungen ist.

Reg. Chef: Ich würde einfach ein Budget mit grossem Defizit fürchten.

Abg. Brunhart H: die kleinen Gemeinden werden halt immer im Hintertreffen sein.

Präsident: Es stellt sich die Frage: verantworten wir ein Budget mit einem Defizit von einigen Fr. 100'000.--.

Abg. Hoop: Ich steure auch nicht gerne, aber ich glaube, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, einen Voranschlag zu machen mit einigen Fr. 100'000.-- Defizit, aber ich frage mich, ob man doch 100% hinauf muss. Gibt es keine Möglichkeit, dass man könnte mit den Gesellschaftssteuern den kleinen Gemeinden ein wenig nachhelfen.

Reg. Chef: Es ist heute ein minierer Betrag von Gesellschaftssteuern der verteilt wird, es ist nicht mehr das, was es war.

Abg. Dr. Ritter vertritt die Meinung, dass der Krieg nun hinter uns liegt und gewisse Anzeichen einer neuen Entwicklung vorhanden sind. Wenn sich diese Anzeichen bewahrheiten, würden sich erhebliche Einnahmequellen schaffen und dann könnte die Steuerreform gut durchgeführt werden. Der Kanton Zürich hat z.B. die Steuer hinuntergesetzt. Ich wäre der Meinung, dass eine abwartende Haltung für die Dauer des nächsten Jahres nicht gar so abwegig wäre.

Präsident: Wir müssen doch das Finanzgesetz schaffen und es stellt sich die Frage, können wir das verantworten?

Abg. Dr. Ritter: Die Regierung soll nun die Gesamtreform in Angriff nehmen.

Abg. Kindle: Wenn man die Sozialabzüge macht und den Steuersatz nicht erhöht, sind die kleinen Gemeinden noch schlechter dran.

Abg. Sele: Ich möchte auf die Begründung des Abg. Brunhart Fidel von gestern zurückkommen, dass wenn einer ein paar Buben hat, er heute selbständig erwerbende bedeutend mehr bezahlt.

Abg. Kindle: ich glaube, dass doch jeder eine separate Steuerrechnung hat. Das ist deshalb, dass der Vater nicht in die Progression hineinkommt. Der ledige bezahlt mehr Steuer als der Verheiratete.

Abg. Beck macht den Vorschlag mit 60%.

Abg. Marxer: ich bin auch der Auffassung, dass 100% auf einmal zuviel ist.

Abg. Hoop: Mir viel ein Punkt auf, das ist die Saatgutbeschaffung. Da ziehen vielleicht gerade die industr. Bauern den grössten Nutzen daraus. Ich mache einen Vorschlag, dass man nur bis zum Bezuge von 500 kg. subventioniert. Auf diesen Posten können bestimmt Fr. 20'000 -- eingespart werden.

Abg. Kindle: das bestärkt mich in dem, was ich gesagt habe, nämlich ist es nicht möglich wäre, dass man diese Grossbauern mit einem separaten Steuersatz erfassen soll.

Reg. Chef: ich pflichte dem Vorschlag von Abg. Hoop bei. Man könnte z.B. sagen, dass nur bis zu einem gewissen Betrag subventioniert wird.

Abg. Dr. Ritter: Ich glaube, dass auf dem Gebiete der Marken auch noch allerhand hereingebracht werden könnte. Es ist nicht notwendig, dass Marken mit kleinen Auflagen ein Spekulationsobjekt werden.

Präsident: ich glaube, wir könnten Fr. 50'000.-- auf die Marken riskieren.

Abg. Hoop: Wie wäre es vielleicht, wenn man sagte, man mache dieses Jahr eine Uebergangslösung und würde um 60% hinaufgehen und bei den Abzügen bloss 50% statt 100%.

Reg. Chef: ich möchte die Sozialabzüge nicht verringern und auch an dem andern Satz festhalten.

Abg. Dr. Ritter: Wäre es nicht möglich, dass man den Posten von Fr. 8000.-- an den Fonds der Altersversicherung legen würde und die ganze Tabaksteuer für diese Sache reservieren?

Abg. Schädler: Ich wollte diesen Vorschlag auch schon machen.

Abg. Kindle: Wenn man heute die 50% berücksichtigen will, ist es in gewisser Hinsicht ein Ansporn, dass man das ganze Steuergesetz nach-

nimmt.

Abg. Hoop: ich habe schlechte Hoffnung, für die Unterländergemeinden,

ich glaube eher, dass diese dem Ganzen zustimmen müssen.

Reg. Chef: macht den Vorschlag: Wenn es heute so schwer fällt, 100% hinaufzugehen, soll man 60% annehmen und man muss dann eben schauen, wie man die Sozialabzüge wenn nötig ausgleicht.

Abg. Kindle: Ich bin mit 60% einverstanden, aber ich möchte das Steuereinkommen hierdurch nicht schlechter machen.

Abg. Dr. Ritter: Der Landtag schlägt vor, dass der Landtagspräsident pro Monat Fr. 100.-- bezieht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Steuersätze in Art. 4 werden nun in allgemeiner Uebereinstimmung wie folgt festgelegt: 1,2 % vom Vermögen, 1,6 % vom Erwerb. Die Gemeinden sind berechtigt, zu den vorstehenden Steuersätzen zur Be-
streitung der Gemeindebedürfnisse Zuschläge bis zu 200% zu erheben.

Schluss der nichtöffentlichen Landtagssitzung um 1815 h.